



## Rückblick und Ausblick

Von Jochen-Konrad Fromme

Die Zeit der parlamentarischen Sommerpause bietet Gelegenheit eine Bilanz über die für dieses Jahr gesteckten Ziele zu ziehen. Welche sind erreicht, wo besteht noch Handlungsbedarf und welche Aufgaben haben sich aufgrund neuer Erkenntnisse oder veränderter Rahmenbedingungen neu ergeben? Der Blick zurück fällt mir nach der ersten Hälfte des Jahres leichter, als ich es noch zu dessen Beginn vermutete hätte. Und er macht mich zuversichtlich, denn eins steht fest: Die Geschichte von Flucht und Vertreibung wird erstmals seit Jahren wieder von der breiten Öffentlichkeit bewusst wahrgenommen. Heute diskutiert man wieder über das reiche kulturelle Erbe des historischen Ostens; erkennt es als unverzichtbaren Teil unserer Identität. Es ist, bei all den Schatten, welche die historische Geschichte Deutschland wirft und denen wir uns gestellt haben, in das Bewusstsein der Menschen gedrungen, dass jedes Opfer das Recht auf die Anerkennung seines individuellen Schicksals hat und es unzulässig ist, ganze Opfergruppen auszublenden, Verbrechen zu verharmlosen oder zu verschweigen. Die Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler sind Opfer und deshalb haben auch sie ein Recht auf Anerkennung.

Die ersten sechs Monate des Jahres setzten viele positive Signale. Den Auftakt machte im Januar die Premierevorstellung der „Wilhelm Gustloff“, einschließlich der zugehörigen Dokumentation. 6 Millionen verfolgten über zwei Tage die Verfilmung. Nach meiner Ansicht eine sehenswerte Produktion, mit der man sich an eines der schwierigeren Themen der deutschen Geschichte gewagt hat. Im Folgemonat bekannten sich in Niedersachsen CDU und FDP im Koalitionsvertrag zu einem „Gesamtkonzept Friedland“. Im März der Durchbruch: Das Bundeskabinetts beschloss das Konzept zum „Sichtbaren Zeichen“! Unsere Jahre währende Mühe für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ wurde endlich belohnt. Auch fand nach zweijähriger Unterbrechung, bedingt durch Arbeit am Grundsatzprogramm, wieder eine

Aussiedlerkonferenz statt. Eine weitere folgt noch in diesem Herbst. Der April brachte die Einigung mit unserem Koalitionspartner zur Vorziehung des Inkrafttretenstermins für die Auszahlung der Einmalentschädigung Ost. Eine Einigung, die wegen der Uneinsichtigkeit des Bundesfinanzministers für uns zu schmerzhaften Einschnitten im Haus-



Jochen-Konrad Fromme

halt des Bundesinnenministeriums führte. Hier besteht eindeutig noch Diskussionsbedarf. Im Mai verlieh die Sudetendeutsche Landsmannschaft den Europäischen Karlspreises an Petr Uhl. Eine zukunftsweisende Wahl und ein Zeichen der Annäherung. Einen Monat später legte die Bundesregierung die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes vor. Dies alles belegt: Wir sind auf einem guten Weg. Aber es gibt noch vieles, was auf unserer Agenda steht, wo noch Handlungsbedarf ist. Die Frage der Anerkennung der Berufsqualifikationen der Spätaussiedler, die Behandlung des Themas Flucht und Vertreibung in der Lehrerbildung sowie im Schulunterricht und die finanzielle Absicherung der Arbeit unserer Museen und der kulturelle Breitenarbeit für die Zukunft. Auch die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit ist noch offen. Doch mit diesem Koalitionspartner noch eine Regelung zu finden, wird schwer. Wir arbeiten daran, denn auch hier gilt: „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Wir alle gemeinsam sollten aber ein besonderes Anliegen haben: Die Jugend, die das Glück hatte 60. Jahre Frieden, Freiheit und Demokratie zu erleben, für die Gefahren von Diktaturen zu sensibilisieren und ihnen Ihr Schicksal zur Warnung werden lassen.

### INHALT

SEITE 3  
**AUCH „FLUCHT UND VERTREIBUNG“ SOLLTE FESTER BESTANDTEIL DES SCHULUNTERRICHTES WERDEN**  
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4  
**MINISTERPRÄSIDENT ROLAND KOCH SPRACH BEIM TAG DER VERTRIEBENEN**  
Rudolf Friedrich

SEITE 5  
**PREISVERLEIHUNG DES SCHÜLERWETTBEWERBS „DIE DEUTSCHEN UND IHRE NACHBARN IM OSTEN“**  
Heribert Rech

SEITE 7  
**HERBERT HUPKA – EINE STADT VERKENNT EINEN VERSÖHNER IM DEUTSCH-POLNISCHEN VERHÄLTNIS**  
Jochen-Konrad Fromme

# Gesetz zur Änderung des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes nimmt letzte Hürde

Jochen-Konrad Fromme zur Befassung des Bundesrates über das Gesetz zur Änderung des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes am 13.06.2008

Mit der heutigen Beschlussfassung des Deutschen Bundesrates über das Gesetz zur Änderung des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes ist die letzte Etappe für das Vorziehen des Inkrafttretenstermins zur Auszahlung der Kriegsheimkehrerschädigung Ost genommen. Das Gesetz tritt zum 1. Juli 2008 in Kraft. Der Weg dahin war lang und teils mehr als beschwerlich.

Ein besonderer Dank gilt unserem Parlamentarischen Staatssekretär, Dr. Christoph Bergner, der sich nicht nur für die Aufnahme der einmaligen Entschädigung für die ehemaligen Kriegsgefangenen aus Ostdeutschland in das Kriegsheimkehrerstiftungsaufhebungsgesetz, sondern auch für die Vorziehung des Inkrafttretenstermins eingesetzt hat.

Eine Vielzahl von Anträgen wurde schon gestellt. Soweit dies noch nicht erfolgt ist, können ehemalige Kriegsgefangene und Geltungsgefangene, welche im Anschluss an die Gefangenschaft in das Gebiet der ehemaligen DDR heimgekehrt sind, die Entschädigung zunächst formlos beim Bundesverwaltungsamt in Köln, Referat III B 4, Barbarastr. 1 in 50735 Köln beantragen.

Dort erfolgt zunächst eine Registrierung. Im Anschluss übersendet das Bundesverwaltungsamt den Betroffenen einen Antragsvordruck, dem alle Voraussetzungen und notwendige Erklärungen zu entnehmen sind.

Der Antrag und das ergänzende Merkblatt können auch telefonisch unter der Servicenummer des Bundesverwaltungsamtes: 0228 99/ 358-5800 angefordert oder unter der Internetseite abgerufen werden. Diese lautet: [http://www.bva.bund.de/cIn\\_108/nn\\_972474/DE/Aufgaben/Abt\\_III/Heimkehrer/Aktuelles/Meldungen/Heimkehrerstiftung4.html](http://www.bva.bund.de/cIn_108/nn_972474/DE/Aufgaben/Abt_III/Heimkehrer/Aktuelles/Meldungen/Heimkehrerstiftung4.html)

Zur Ergänzung noch einige wichtige Informationen für die Betroffenen:

Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes zu stellen. Die Entschädigung ist unmittelbar an das persönliche Schicksal des Kriegsgefangenen angebunden und deshalb nicht vererbbar.

Für eine erfolgreiche Beantragung der Entschädigung ist der Entlassungsschein das wichtigste Dokument, da dieser die notwendigen Daten der Gefangenschaft enthält. Ist ein Entlassungsschein nicht vorhanden, können auch Ersatzbelege eingereicht werden. Diese werden u.a. von dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München oder der Deutschen Dienststelle in Berlin ausgestellt. Wenn andere Mittel zur Glaubhaftmachung nicht beschafft werden können, so sieht das Gesetz vor, dass auch eidesstattliche Versicherungen oder zwei Zeugenaussagen verwendet werden können.



Der Parlamentarische Staatssekretär und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner MdB, überreicht den Bescheid an Herrn Erich Heidenreich

# Buchautorin und Dokumentarfilmerin Frau Ulla Lachauer zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Gespräch über die Geschichte und Vertreibung Ostpreußens



v.l.: Klaus Brähmig MdB, Ulla Lachauer, Jochen-Konrad Fromme MdB, Christine Baumdick, Prof. Dr. Egon Jüttner

Ein aufschlussreiches Gespräch führte die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Buchautorin und Dokumentarfilmerin, Frau Ulla Lachauer. Frau Ulla Lachauer, welche selbst keinen Vertriebenenhintergrund hat, kam über ihre Diplomarbeit zu diesem Teil deutscher Geschichte, der sie nicht mehr loslassen und aus dem eine tiefe Bindung zum Memelland erwachsen sollte. Sie hat die

Stimmen und Stimmungen in ihren Büchern, wie „Paradiesstraße“, „Als die Deutschen weg waren“, „Ritas Leute“ und „Land der vielen Himmel“ eingefangen, um einige Beispiele zu nennen. Sie hoffe sehr, dass gerade die Jugend den Wegfall des Eisernen Vorhanges nutze. Denn war auch die Geschichte früher oft Stoff für Feindschaften, so könne sie heute die Grundlage für Freundschaften sein, so Ulla Lachauer.

## Auch „Flucht und Vertreibung“ sollte fester Bestandteil des Schulunterrichts werden

Jochen-Konrad Fromme MdB zum Beschluss der Kultusministerkonferenz

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz, der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit im Schulunterricht einen höheren Stellenwert einzuräumen, ist ausdrücklich zu begrüßen. Fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler über das diktatorische System der DDR oft erschreckend gering. Umso größer ist die Gefahr, dass sie verklärenden Schwärmereien von den angeblichen sozialen Errungenschaften der DDR Glauben schenken. Das reale Leben sah anders aus. Die DDR war ein Überwachungsstaat, geprägt von Mauer und Schießbefehl. Dieses Wissen muss der Jugend von heute vermittelt werden, denn nur wer die Geschichte kennt, kann die Zukunft gestalten.

Gerade aus diesem Grund wäre es wünschenswert, wenn sich die Kultusministerkonferenz in gleicher Weise des Themas „Flucht und Vertreibung der Deutschen als Teil der europäischen Geschichte“ annehmen würde. Auch dies sollte Teil der Lehrerbildung sein und im Schulunterricht aufgegriffen werden. Zwar gibt es schon positive Ansätze in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die Lehrerhandreichungen erarbeitet haben, doch finden diese im Unterricht kaum Niederschlag. Die Erinnerung an das mit Flucht und Vertreibung verbundene Grauen ist gerade für die Jugend, die in Frieden aufgewachsen ist, so wichtig, um Eindrücke zu ordnen und Zusammenhänge zu verstehen.

# Ministerpräsident Roland Koch sprach beim Tag der Vertriebenen

Heimatvertriebene und Spätaussiedler wurden auf dem Hessentag wahrgenommen

Auf dem Hessentag fand am 14. Juni zum achten Mal ein „Tag der Vertriebenen“ statt.

Auf dem Volkstumsnachmittag des Bundes der Vertriebenen in der gut besuchten Stadthalle sprach Ministerpräsident Roland Koch zu den Besuchern, die ein buntes Kulturprogramm zu sehen bekamen. Der Ministerpräsident unterstrich, dass die Veranstaltungen zum „Tag der Vertriebenen“ zwischenzeitlich zum Hessentag gehören und diese ihm am Herzen liegen. Die Heimatvertriebenen hätten eine eigenständige schöne Kultur mitgebracht, die auch zu Wurzeln des Landes Hessen wurden. Die Hessische Landesregierung habe ein Interesse daran, dass die kulturelle Arbeit der Heimatvertriebenen fortgesetzt werde. Dazu gehörten z.B. die Ausstellungen im Haus der Heimat, aber auch die Dauerausstellung im Hessenpark. Dazu sei notwendig, dass es bei der bisherigen finanziellen Förderung bleibe. „Ich verspreche meinen Widerstand gegen alle Kürzungspläne und hoffe, dass es dazu nicht kommen wird“, so der Ministerpräsident. Bei der Integration der Spätaussiedler profitiere man von den Erfahrungen der Heimatvertriebenen bei ihrer Integration. Er bedankte sich bei den Spätaussiedlerorganisationen für die tollen Leistungen auf diesem Gebiet. Es gehörten beide Elemente dazu, sowohl die Kultur und das Erinnern, als auch die Hilfen bei der Integration der Spätaussiedler. „Wir als Deutsche tragen Verantwortung für das Leid des Krieges, aber Deutsche haben auch Leid erfahren. Das Erinnern an Vertreibung gehört zur deutschen Geschichte und meine Auffassung ist, dass diese Erinnerung im Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin gut aufgehoben ist“, so der Ministerpräsident. Er sei der Bundesregierung dankbar, dass nunmehr die entscheidenden Schritte gemacht wurden. Hessen habe mit seinem Beitritt zur Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ dazu beigetragen, dass diese historische Chance nicht verstreicht. Die Veranstaltungsreihe am „Tag der Vertriebenen“ begann mit einer Bürgersprechstunde für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Es entwickelte sich eine sehr interessante Diskussion über aktuelle Themen der Spätaussiedlerintegration, aber auch über die ostdeutsche Kulturarbeit der Heimatvertriebenen. Landesbeauftragter Friedrich konnte vom Ergebnis einer Studie der Arbeitsgruppe vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge berichten, wonach Spätaussiedler nicht krimineller sind als andere Bevölkerungsgruppen. Themen der Sprechstunde waren weiterhin das Wohnortzuweisungsgesetz und das erfolgreiche Multiplikatorenprojekt der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Im Anschluss an die Bürgersprechstunde fand an gleicher Stelle die konstituierende und zugleich öffentliche Sitzung des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen statt, bei der die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger ein Grußwort sprach. Sie ging auf die Geschichte des Hessentages ein und berichtete, dass dieser Anfang der 1960er Jahre als ein Forum zur besseren Verständigung der in Hessen lebenden Menschen, der einheimischen Bevölkerung sowie der zahlreichen Vertriebenen und Flüchtlinge geschaffen wurde. „Dass der Hessentag von



v.l.: Landesbeauftragter Rudolf Friedrich, Ministerpräsident Roland Koch

Vertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern nach wie vor in diesem Sinne verstanden wird, dokumentiert, dass Verständigung ein kontinuierlicher Prozess ist“, so Sozialministerin Lautenschläger. Erstmals sei der Landesvertriebenenbeirat seit seiner ersten Sitzung im Jahr 1954 ohne bundesgesetzliche Ermächtigung aufgrund des ausdrücklichen Willens der Hessischen Landesregierung berufen worden. Dies dokumentiere, dass die Arbeit auch nach über 50 Jahren für die Landesregierung auch ohne gesetzlichen Auftrag unverzichtbar sei. Die Sozialministerin dankte allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern, dass sie sich zur Mitarbeit in der 19. Tätigkeitsperiode bereit erklärt haben und mit ihrem Sachverstand und ihren Erfahren daran mitwirken, den berechtigten Anliegen der Vertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern Stimme und Gewicht zu verleihen. Landesbeauftragter Friedrich wertete auch den diesjährigen „Tag der Vertriebenen“ in Homberg (Efze) als einen großen Erfolg für die Anliegen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. „Die gute Stimmung in Homberg hat sich auf die Mitwirkenden und Besucher übertragen und ich hoffe, dass dies auch im nächsten Jahr in Langenselbold so sein wird“, so der Landesbeauftragte abschließend.

**Dieser Hessentag war zugleich ein ganz besonderer Tag für den Landesbeauftragten Rudolf Friedrich, wurde ihm doch der Ehrenbrief der Sudetendeutschen verliehen.** Ministerpräsident Roland Koch, der im vergangenen Jahr mit dem Karlspreis der Sudetendeutschen Volksgruppe geehrt wurde, war der erste Gratulant und würdigte die Verdienste von Rudolf Friedrich. Der Ehrenbrief wird für außerordentliche Leistungen auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft verliehen. Die Verleihungsurkunde ist vom Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, dem Europaabgeordneten Bernd Posselt unterzeichnet. Rudolf Friedrich dankte bewegt und verwies auf das Vertrauen durch den Ministerpräsidenten und die Unterstützung der Landsmannschaften, die eine erfolgreiche Arbeit ermöglichen.

# Kroatiens Botschafterin zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Gespräch über die deutsch-ungarischen Beziehungen und Situation der deutschen Minderheit



v.l. Klaus Brähmig MdB, außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin der Republik Kroatien, S.E. Frau Dr. Vesna Cvetkovic-Kurelec, Henning Niederhoff, Jochen-Konrad Fromme MdB, Christine Baumdick, Silvio Kus (Gesandter der Botschafterin)

Mit Verve trug die außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin der Republik Kroatien, Dr. Vesna Cvetkovic-Kurelec in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den Weg Kroatiens in die EU und seiner beispielgebenden Minderheitengesetzgebung vor. Einen besonderen Dank richtete sie an die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, welche unter der Deutschen Präsidentschaft dafür Sorge getragen hatte, dass die Verhandlungen über den

Beitritt Kroatiens in die EU von denen der Türkei abgetrennt wurden. Kroatien fühle sich schon immer geografisch, historisch und kulturell Europa zugehörig, so die Botschafterin. Die nationalen Minderheiten in Kroatien genießen, seit 2002 gesetzlich verankert, die Möglichkeit freier politischer Betätigung und kultureller Autonomie. Im Parlament sind mindestens fünf, maximal acht der 151 Sitze für Vertreter der Minderheiten reserviert. Auch auf kommunaler Ebene haben sie einen Anspruch auf Teilhabe.

## Ministerpräsident a.D. Edmund Stoiber wird Ehrenmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft

In Würdigung seines jahrzehntelangen Engagements für die Sudetendeutschen, Bayerns Viertem Stamm, bedankt sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft bei Dr. Edmund Stoiber mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft. Besonders in den vierzehn Jahren seiner Amtszeit als Ministerpräsident des Freistaates Bayern und somit Schirmherrn der Sudetendeutschen hat sich

Dr. Edmund Stoiber besonders aktiv für die Anliegen der Sudetendeutschen und aller deutschen Heimatvertriebenen eingesetzt. Die Ehrenmitgliedschaft wurde Dr. Edmund Stoiber im Rahmen einer feierlichen Stunde im Sudetendeutschen Haus in München im Beisein der Spitzen der Landsmannschaft und namhaften Vertretern aus Politik und Gesellschaft verliehen.

# Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen

Jochen-Konrad Fromme MdB zum Kabinettsbeschluss über die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 27. Juli 1999

Mit dem Kabinettsbeschluss zur Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes aus dem Jahr 1999, die im Koalitionsvertrag vom November 2005 festgelegt wurde, trägt die Bundesregierung der historischen Verpflichtung Deutschlands Rechnung. Das Gedenken und Erinnern an die Schattenseiten der Geschichte ist eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche Aufgabe.

Dem Völkermord an den europäischen Juden als Menschheitsverbrechen bisher nicht gekanntes Ausmaßes muss der in der deutschen Erinnerungskultur und zur Mahnung an die Generation von heute und künftige Generationen ein herausragender Stellenwert eingeräumt sein und werden. Dieser Tatsache trägt die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes Rechnung, indem die Fördermaßnahmen der national bedeutsamen Gedenkstätten, die sich der Aufarbeitung des nationalsozialistischen Terrors widmen, eine noch intensivere Förderung erfahren und die Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Flossenbürg und Neuengamme neu in die Förderung aufgenommen werden. Durch die vorgesehene Neuschaffung des „Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“

bekommt die Aufarbeitung der Diktatur in der SBZ und in der DDR künftig eine maßgebliche Bedeutung zu. Mit der Neustrukturierung der Themengruppen geht eine dringend erforderliche Vertiefung und Verbreiterung der Aufarbeitung einher, die den teils erschreckend geringen Kenntnissen der Generation von heute über die SED-Diktatur entgegenwirken kann. Besonders zu begrüßen ist, dass auch die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn in die anteilige Förderung aufgenommen wird. In Marienborn befand sich die größte und bedeutendste Kontrollstelle außerhalb Berlins; ca. 1000 Bedienstete versahen hier als Angehörige der Staatssicherheit, des Zolls, der Passkontrolleinheit, der Grenztruppen bzw. als Zivilangestellte ihren Dienst.

Die Entscheidung, in der nächsten Legislaturperiode eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde machen soll, ist gut und richtig. Damit gewinnt die Behörde zu einer Planungssicherheit, zum anderen wird die Objektivität in der Frage, wie die Stasi-Unterlagenbehörde ihre Aufgaben nach der Überführung in das Bundesarchiv erfüllen kann, gewährleistet.

## 60 Jahre KünstlerGilde e.V. Esslingen

Innenminister Heribert Rech sprach beim Festakt zum 60-jährigen Bestehen der KünstlerGilde

„Von 30 heimatvertriebenen Künstlern 1948 gegründet hat sich die KünstlerGilde rasch zu einem mitgliederstarken Verband entwickelt, dem heute rund 1.000 Menschen angehören. Diese beachtliche Entwicklung ist ein Beleg dafür, wie wichtig und erfolgreich die Arbeit des Verbands für Pflege und Erhalt der Kunst und Kultur der deutschen Heimatvertriebenen war und ist“, sagte Rech eingangs. In den ersten Jahren nach der Gründung habe sich die KünstlerGilde primär als Verein zur Selbsthilfe für vertriebene, ausgesiedelte und geflohene Künstler aus den historischen deutschen Kulturlandschaften Mittel-, Ost- und Südeuropas verstanden. Materielle und soziale Aufgaben seien damals der Mittelpunkt der Arbeit gewesen. Daneben habe die KünstlerGilde auch als Ersatzheimat für Leidensgenossen gedient, die eine neue soziale Einbindung gesucht hätten. Hier hätten die Mitglieder die Möglichkeit gefunden, sich mit dem Erlebten künstlerisch auseinanderzusetzen. Im Lauf der Jahre habe sich der Verein zur Heimat von vielen bildenden Künstlern, Schriftstellern, Musikern, Theaterschaffenden und Journalisten aus Deutschland und dem Ausland entwickelt. Mit den zahlreichen Ausstellungen und der Gründung von Facharchiven habe die KünstlerGilde dazu beigetragen, die Kunst und Kultur der verlorenen Heimatgebiete zu bewahren.

„Daneben haben die Mitglieder des Vereins wie die Heimatvertriebenen insgesamt einen wertvollen Beitrag zum Wiederaufbau Baden-Württembergs nach dem Krieg geleistet. Sie haben durch ihr künstlerisches Wirken nicht nur die Kultur bereichert, sondern

auch entscheidend zum Zusammenwachsen der Einheimischen und Heimatvertriebenen im Südwesten beigetragen“, so Rech. Dieses Zusammenwachsen sei als so genanntes „Integrationswunder“ fester Bestandteil der Geschichte Baden-Württembergs. Voraussetzung dafür sei die Bereitschaft gewesen, aufeinander zuzugehen und miteinander in den Dialog zu treten. Dazu habe die KünstlerGilde ihren ganz eigenen Beitrag geleistet. „Künstler tragen mit ihren Werken von jeher dazu bei, den Dialog zu fördern. Jeder Künstler ist daher auch ein Brückenbauer“, betonte Rech. Besonders erfahren werde dies in den Esslinger Begegnungen mit ihren Ausstellungen, Konzerten oder Lesungen, die von der KünstlerGilde seit 1953 veranstaltet würden. Großen Anteil habe die KünstlerGilde nach Öffnung des Eisernen Vorhangs auch an der Verständigung mit den östlichen Nachbarn gehabt. In Tschechien, der Slowakei, Serbien und Kroatien habe sie beispielsweise eine ganze Reihe grenzüberschreitender Großprojekte auf den Weg gebracht.

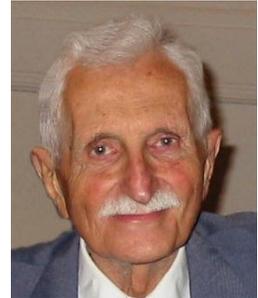
„Die Landesregierung anerkennt die Leistung der KünstlerGilde und bekennt sich ausdrücklich zur Pflege des Kulturguts der Vertriebenen und Flüchtlinge. In vielen Aktivitäten wird die Unterstützung der Arbeit der Heimatvertriebenen durch das Land deutlich“, sagte der Innenminister. Bei aller Förderung sei aber klar, dass Träger der Kultur der Heimatvertriebenen in erster Linie die Heimatvertriebenen selbst und ihre Organisationen seien. Sie alle würden auch in Zukunft das Land als verlässlichen Partner zur Seite haben.

# Herbert Hupka – eine Stadt verkennt einen Versöhner im deutsch-polnischen Verhältnis

Jochen-Konrad Fromme MdB zu der Entscheidung des Rates der Stadt Bonn, dem 2006 verstorbenen Herbert Hupka wegen „mangelnden unmittelbaren Bezuges“ zur Stadt keine Straße widmen zu wollen

Der rot-grün dominierte Rat der Stadt Bonn scheint auf beiden Augen blind zu sein. Nicht anders ist zu erklären, dass er einen Antrag der CDU zur Benennung einer Straße nach Herbert Hupka ablehnt. Herbert Hupka bekam die wechselvolle deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts zu spüren. Nach den schmerzlichen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur, den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der grausamen Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach wurde er nicht nur zu einem geistreichen Kommentator der Geschehnisse, sondern ebenso zu einem leidenschaftlichen Verfechter von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, die Geltung unveräußerlicher Menschenrechte und das Recht auf die angestammte Heimat waren für ihn Kardinalfragen der Politik. Sein Name wurde im Ausland weithin bekannt als Anwalt der Vertriebenen, vor allem der Schlesier, als gewissenhafter Mahner der geschichtlichen Wahrheit und als Verteidiger der Menschen-

und Minderheitenrechte, gerade auch für Deutsche. Dabei war Herbert Hupka stets auf Ausgleich und Verständigung bedacht. In der Sache ließ er sich jedoch niemals beirren. Durch sein unbeugsames Festhalten an unverzichtbaren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerten, durch die Gradlinigkeit seines Lebensweges, aber auch durch die Überzeugungskraft seines Denkens und Handelns erwarb er sich im In- und Ausland Respekt und Ansehen.



Herbert Hupka

Diese Haltung zahlte sich aus, als 1989/1990 der Eisernen Vorhang fiel. Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, aber auch Deutschland insgesamt, und unsere europäischen Nachbarn sind Herbert Hupka für sein Wirken zu dauerhaftem Dank und Anerkennung verpflichtet. Die Größe dieses Wirkens zu verkennen, grenzt an Bodenlosigkeit.

## Preisverleihung des Schülerwettbewerbs „Die Deutschen und Ihre Nachbarn im Osten“

Rech: „Der Wettbewerb soll den Teilnehmern die vielfältigen historischen und kulturellen Verbindungen nahebringen“

„Ich freue mich, den Preisträgerinnen und Preisträgern heute persönlich meine Anerkennung für ihre Leistungen aussprechen zu können. Ihren Fleiß und ihr Engagement wollen wir, einer mittlerweile langjährigen Tradition entsprechend, mit einer Preisverleihung würdigen.“ Das sagte der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, am Freitag, 27. Juni 2008, bei der Preisverleihung des diesjährigen Schülerwettbewerbs „Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten“ im Neuen Schloss in Stuttgart. Wie auch in den Vorjahren habe der Wettbewerb bei Schülerinnen und Schülern regen Anklang gefunden. Besonders erfreulich sei dabei das große Interesse im diesjährigen Partnerland Rumänien gewesen.

Der Hauptpreis in der Kategorie „Schreiben und Gestalten“ gehe an Schülerinnen und Schüler der Klasse H 8 der Haupt- und Realschule Neuried, der Klasse 12 des Gymnasiums im Bildungszentrum Markdorf, der Klasse 11 b des Otto-Hahn-Gymnasiums Ludwigsburg, der Klasse 10 c des Ludwig-Marum-Gymnasiums Pfnitztal und der Klasse 12 (2) der Oscar-Paret-Schule in Freiberg. In der Kategorie „Künstlerisches Arbeiten“ hätten Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 des Max-Planck-Gymnasiums in Böblingen und der Klasse 10 b der Realschule Leinzell gewonnen. „Ich gratuliere allen recht herzlich zum Gewinn des Hauptpreises, einer sechstägigen Studienfahrt nach Rumänien“, sagte Rech. Der Glückwunsch gelte in gleicher Weise den anwesenden Preisträgerinnen und Preisträgern aus Rumänien, die ihre Reise nach Ba-

den-Württemberg bereits angetreten hätten. Sie kämen von Schulen aus allen Landesteilen, aus Bukarest, Miercurea-Ciuc, Klausenburg, Bistritz und Sathmar.

Das Innenministerium und das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport führten den Wettbewerb seit fast 40 Jahren gemeinsam durch. Seit über zehn Jahren werde er alle zwei Jahre grenzüberschreitend mit einem Partnerland aus Südost- oder Osteuropa ausgetragen. Das Motto des diesjährigen grenzüberschreitenden Wettbewerbs mit Rumänien laute „Deutsche und Rumänen - gemeinsam in Europa“. Diese Gemeinsamkeiten der beiden Länder könnten die Hauptpreisträgerinnen und -preisträger auf ihren Studienreisen nach Baden-Württemberg beziehungsweise Rumänien kennenlernen.

Hinter dem grenzüberschreitenden Wettbewerb stecke die Idee, allen Teilnehmern die vielfältigen historischen und kulturellen Verbindungen zwischen Deutschland und den Ländern Südost- und Osteuropas näher zu bringen. Diese Verbindungen hätten seit Jahrhunderten bestanden und erst durch den Zweiten Weltkrieg ein abruptes Ende gefunden. „Jetzt, im vereinten Europa, wollen wir die Chance ergreifen, diese jahrhundertealten Verbindungen wieder mit neuem Leben zu erfüllen“, so der Minister. Hierzu hätten die grenzüberschreitenden Schülerwettbewerbe der letzten Jahre einen wertvollen Beitrag geleistet. Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg hätten in den östlichen und südöstlichen Nachbarländern neue Freundschaften geschlossen. Und es sei gerade die jüngere Generation, die Europa künftig ihr Gesicht geben werde.

Die Bundesdelegiertenversammlung – Schlesische Landesvertretung der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien e.V. hat am 24. Mai 2008 nachstehende Resolution verabschiedet:

### **Kriegsfolgengesetzgebung darf deutsche Zwangsarbeiter nicht vergessen**

Mit der Verabschiedung des Heimkehrerentschädigungsgesetzes und des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes wurden für zwei Opfergruppen Entschädigungsregelungen verabschiedet, die bisher noch nicht durch die Kriegsfolgengesetzgebung berücksichtigt waren. Damit erhalten auch die Kriegsgefangenen mit späterem Wohnsitz in der DDR und Personen, die im kommunistischen System zu Unrecht inhaftiert waren, eine Anerkennung, zumindest in Form einer symbolischen Entschädigung.

Für die zivilen deutschen Zwangsarbeiter gibt es bisher noch keine Regelung. Sie sind damit die letzte größere Opfergruppe, die von der Kriegsfolgengesetzgebung nicht erfasst ist. Es ist unverständlich, warum das Leid dieser Menschen nicht in gleicher Weise Achtung erfährt, wie dies für andere Betroffene der Fall ist. Auch die zivilen deutschen Zwangsarbeiter haben das Anrecht auf Anerkennung ihres Schicksals und auf Wiederherstellung ihrer Würde. Eine symbolische Anerkennung durch eine Entschädigung wäre hierzu der richtige Weg. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, für die deutschen Zwangsarbeiter eine analoge Regelung wie für andere Opfergruppen zu finden und damit eine Gerechtigkeitslücke zu schließen.

### **60 Jahre Landsmannschaft der Donauschwaben Mosbach - Innenminister Heribert Rech: „Gelungene Integration in die neue Heimat“**

Innenminister Rech beglückwünschte die Landsmannschaft der Donauschwaben zu ihrer erfolgreichen Verbandsarbeit und ihrem dreifachen Jubiläum. Das 60-jährige Bestehen der Landsmannschaft der Donauschwaben Mosbach, das 60. Kirchweihfest und das 50-jährige Bestehen der Jugendtanzgruppe. Er sei sich sicher, so Rech, dass die Traditionen und Brauchtümer der Donauschwaben auch in der Zukunft in Mosbach erhalten werden. Ein Ergebnis ihrer erfolgreichen Verbandsarbeit, auf das man stolz sein könne. Besonders hob der Minister die ausgezeichnete Jugendarbeit der Landsmannschaft hervor. Sie sei die beste „Versicherung“, für die Zukunft.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg sei sich der großen Leistungen, welche die Donauschwaben beim Wiederaufbau des Landes erbracht und der damit verbundenen kulturellen Bereicherung bewusst, so der Minister. Die seit über 50 Jahren bestehende Patenschaft des Landes über die Volksgruppe der Donauschwaben sei lebendiger Ausdruck dieser Verbundenheit. Deshalb wolle die Landesregierung alles tun, um die Landsmannschaft weiterhin bei ihrer Verbandsarbeit und ihrer kulturellen Arbeit zu unterstützen.

60 Jahre Donauschwaben in Mosbach stünden für eine gelungene Integration in die neue Heimat, für hingebungsvolle Pflege und Bewahrung von Tradition und Brauchtum der Heimatgebiete sowie eine vorbildliche Jugendarbeit. Der Zusammenhalt mit den donauschwäbischen Landsleuten in aller Welt und mit den Heimatgebieten seien herausragende Verdienste ihrer landsmannschaftlichen Arbeit. „Sie haben allen Grund dazu, sich weiterhin mit Freude und Stolz auf Vergangenes zu besinnen, ihr reiches kulturelles Erbe zu pflegen und an die nachkommenden Generationen weiterzugeben“, so Rech.

### **Große Sonderausstellung des Oberschlesischen Landesmuseums**

Das größte schlesische Landesmuseum in Westdeutschland feiert doppelten Geburtstag: Vor 25 Jahren wurde das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen (Hösel) eröffnet. Mit der Einweihung des großen Museumsneubaues 1998 brach eine neue Ära an. Beide Jubiläen greift die große Sonderausstellung „Ein zehnfach interessantes Land“ (22.6. - 5.10.2008) auf. Der Blick richtet sich auf 25 Jahre erfolgreiche Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit, aber schaut auch nach vorn. Einige Publikumserfolge können nochmals aufgegriffen werden.

Die Errichtung begann als „Heimatomuseum“, das der Erinnerung gewidmet war. In mittlerweile 200 inländischen und rund 50 ausländischen Sonderausstellungen wurden historische, topographische, kulturelle und künstlerische Themen behandelt. Auch gab es Ausstellungen und Projekte mit Partnern im näheren Umfeld sowie museumspädagogische Aktionen. Aus diesem breiten Spektrum gibt es vieles zu erzählen.

#### **IMPRESSUM**

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Christine Baumdick (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154